(Präsident.)

(A) Oberplanitz bitten Volkskammer um sofortige Maßnahmen zur Linderung ihrer wirtschaftlichen Not. Geldentwertung ermöglicht uns nicht, die uns behördlich zustehenden Nahrungsmittel voll zu entnehmen. Wir opferten Arbeitskraft und Söhne Vaterland und verdienten wohl besseres Los als drückende Not. Antwort erbeten

Berginvalid Ernst Helbig, Niederplanitz
Berginvalid Eduard Müller, Oberplanitz.

Präsident: Ich glaube, hiervon ist der Regierung eine Abschrift zu überreichen und die Sache dem Petitions- und Beschwerdeausschuß zu überweisen. — Die Kammer ist damit einverstanden.

(Nr. 56.) Oberbergrat Hirsch in Freiberg übersendet 20 Stück des Jahrbuchs für das Berg- und Hüttenwesen, Jahrgang 1918.

Präsident: Liegt in der Kanzlei zur Entnahme bereit.

(Nr. 57.) Das Ministerium des Innern übersendet die noch fehlenden Unterlagen für die Wahl im 3. Wahlkreise.

Präsident: An den Wahlprüfungsausschuß abzugeben.

Entschuldigt ist für die heutige Sitzung Herr Abgeordneter Sindermann wegen Krankheit.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

(B)

Regierungserklärung.

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident Dr. Gradnauer.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer: Meine Damen und Herren! Die Volkskammer hat mir die Aufgabe gestellt, die Regierung zu bilden. Es ist mir daran gelegen, mich über die Vorgänge, die vor der Bildung dieser Regierung gespielt haben, in aller Offenheit auszusprechen. Wenn wir keine Geheimdiplomatie wollen, so ist es auch nicht angebracht, Geheimnistuerei zu üben bei der Bildung der Regierung. Das Volk Sachsens hat Anspruch darauf, völlige Klarheit über solche Vorgänge zu bekommen.

Auf Grund der Wahlen zur Volkskammer ist die Sozialdemokratische Partei in dieser Kammer mit der stärksten Fraktion vertreten. Unter Zurechnung der Unabhängigen Fraktion bildet die Sozialdemokratie hier eine erhebliche Mehrheit. Daran reiht sich als nächststarke Fraktion die Demokratische. Nach diesen Tatsachen und in Anbetracht der gesamten Lage unseres Landes habe ich die Überzeugung vertreten, an der ich festhalte, daß es richtig und erstrebenswert gewesen wäre, eine Regierung zu bilden, die sich aus allen demokratischen Parteien zusammensetzt. Eine so zusammengesetzte Regierung hätte meines Erachtens eine breite, tragfähige Basis in (C) dieser Volkskammer gehabt, sie wäre auch geeignet gewesen, die Schwierigkeiten und die Notlage, die in unserem Volke bestehen, zu überwinden.

Aber dieses Ziel, das ich persönlich im Auge hatte, ließ sich nicht erreichen. Wir leiden bei uns in Deutschland und auch in unserem engeren Heimatlande Sachsen an einer sehr weitgehenden Zersplitternng des Parteiwesens, und die Gegensätze zwischen den Parteien treten schroff und stark hervor. Die Fraktion der Unabhängigen hat es von vornherein abgelehnt, in eine solche Regierung einzutreten, wie ich sie mir vorgestellt habe. Daraufhin hat die Sozialdemokratische Fraktion den Versuch gemacht, mit der Unabhängigen Fraktion eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Die Verhandlungen haben sich über fast zwei Wochen hingeschleppt, aber auch sie sind gescheitert. Auch hier war eine Einigung nicht zu erzielen, die Gegensätze waren unüberbrückbar, und die Unabhängige Fraktion hat schließlich erklärt, daß sie auch in eine solche rein sozialdemokratische Regierung nicht eintreten könne.

Andererseits hat sich nun bei der Sozialdemokratischen Fraktion die Meinung geltend gemacht, daß es unter diesen Umständen nicht erwünscht sein könne, gegenwärtig die Demokratische Fraktion an der Regierungsbildung mitwirken zu lassen. Die Sozialdemokratische Fraktion ist hierbei davon ausgegangen, daß das sächsische Volk in (D) seiner Mehrheit sozialdemokratisch gewählt hat und daß daher eine rein sozialdemokratische Regierung dem ausgesprochenen Willen des sächsischen Volkes entsprechen würde. Ich darf daher betonen, daß es der Sozialdemokratischen Fraktion ferngelegen hat, aus Parteiegoismus die ganze Regierungsmacht an sich ziehen zu wollen; die Fraktion ist vielmehr durch die Ablehnung der Unabhängigen und in Rücksicht auf die Wünsche und die Stimmungen, die nun einmal tatsächlich in weiten Kreisen der Arbeiterschaft vorhanden sind, zu ihrer Haltung bewogen worden. Ich persönlich habe einen anderen Gang der Dinge für wünschenswert gehalten. Wenn ich gleichwohl die Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen und die Bildung der Regierung übernommen habe, so habe ich es getan, weil ich durch meine Weigerung nicht die schon bestehenden großen Schwierigkeiten der Lage noch weiter vermehren wollte.

Die Regierungsbildung konnte sich danach einfach gestalten. Ich habe die Mitglieder der bisherigen Regierung ersucht, ihre Ämter beizubehalten, und die Herren haben diesem Ersuchen entsprochen. Durch die Schaffung des neuen Amtes eines Ministerpräsidenten ist es aber nötig geworden, das Ministerium des Innern neu zu besetzen. Ich habe das Mitglied der Volkskammer Herrn Uhlig